

Kassel, 05.11.2007

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Kommunale Bildungsverantwortung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und Grüne
- 101.16.688 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds **in der Dezembersitzung des JHA Fachausschuss für Jugendhilfeplanungsfragen und der Januarsitzung des**

Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **eingerrichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: -

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen **ingerichtet werden und** vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: -

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Elke Gast
Schriftführerin